

abends

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion:
Dresden, N. 16, Holbeinstraße 67
Fernsprecher 21366
Postfachkonto Leipzig Nr. 14777

Waggebühren:
Ausgabe A mit Illustr., Beilage literarisch
u. d. N. in Dresden und ganz Deutsch-
land frei Haus 8.50 M. in Ostpreußen
9.50 K.
Ausgabe B literarisch 6.50 M. in
Dresden und ganz Ostpreußen frei Haus
8.— M. in Ostpreußen 8.50 K.
Wagel-Nummer 10 J.
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen
Wochentagen nachmittags.

Mitteilungen:
Annahme von Geschäftsanteilen bis 10 Uhr,
von Familienanteilen bis 11 Uhr vorm.
Preis für die Zeitungsbeilage 40 J. im Rest-
teil 1 M. Familien-Anzeigen 30 J.
Für unbedeutend gelochene, sowie durch Bes-
precher aufgeführte Anzeigen können nur bei
Vorauszahlung für die Wichtigkeit des Anzei-
gens nicht übernommen.
Correspondenz der Redaktion:
11-12 Uhr vormittags.

Einzige katholische Tageszeitung in Sachsen.

Dogan der Zentrumspartei.

Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage Feiertagsabends. Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.

Kulturbarbarei.

Der Sozialist Müller-Leipzig hat am letzten Donnerstag den Satz gelassen ausgesprochen: „Eben weil wir die Religion als Privatsache betrachten, bekümmern wir uns nicht um die religiösen Bedürfnisse unserer Anhänger.“ Es braucht heute nicht nachgewiesen zu werden, wie sehr die Sozialdemokratie sich um die Religion bekümmert und wir müssen den Vorführern der Sozialdemokratie in der Volkstammer den Vorwurf machen, daß sie entweder ihre eigene sozialistische Literatur und Weltanschauung nicht kennen oder nicht kennen wollen. Das letztere wird das richtige sein. Denn dieser ganze Antrag des Gesetzgebungs-ausschusses befaßt ja schon, wie sehr sich tatsächlich die Sozialdemokratie um die Religion bekümmert und das war ja das Charakteristische an der Revolution, daß sich die ersten Handlungen der kultusministeriellen „Vollstbeauftragten“ sowohl in Preußen und Bayern wie in Sachsen gegen die Religion richteten. Es gehört daher ein gewisser Mut dazu, heute sich im Parlament hinzustellen und einen Satz zu sprechen von dem Güte des oben Angeführten. Ganz abgesehen von dem neuesten Badener Fall, wo ein Sozialdemokrat den Versuch auf Ausschaltung der Religion aus dem Parteiprogramm mit seinem Mandate blühen mußte. Mit Recht ist von anderer Seite in der Volkstammer gesagt worden, daß die christliche Religion eine Gemeinschaftssache ist, und die Eltern empfinden es als einen Mangel, wenn die Kinder nicht der Religion zugeführt werden können.

Aber auch sonst zeigt sich auf Schritt und Tritt der Satz der Sozialdemokratie gegen das Christentum im allgemeinen und gegen die katholische Kirche im besonderen. Es ist uns vor einigen Tagen die in Chemnitz erscheinende sozialdemokratische „Volkstimme“ (Nr. 121) zugestellt worden, die weder mehr als deutlich dardut. Eine solche Anballung von Satz und von Beschimpfungen wie in dieser Nummer ist uns allerdings schon längere Zeit nicht mehr vor Augen gekommen. Die Vorgänge im Rheinland geben — ganz unbedeutenderweise — dort einem — für den wir wirklich keinen parlamentarischen Ausdruck finden — Veranlassung, den Katholizismus und die katholische Kirche in unglaublicher Weise zu bejudeeln. Wir wollen daraus eine Blütenlese folgen lassen:

„... Wo irgend ein kapitalistisches Dudenstück an der Menschheit begangen wird, gleich ist auch der segnende Kaffee mit seinem Weihwasserfessel zur Stelle und verneigt sich dreimal und noch dreimal vor dem goldenen Kalb und singt ihm Hosanna.“

Das Blatt beschimpft die „christlichen Zentrumspriester“ als Kriegsheber und sagt:

„... Die Leute in der goldgestickten Toga und mit dem Dreieck in den feisten Händen, um deren nackte Lippen das ewig gleiche, kalte Lächeln spielt, deren grüne Augen nie einen warmen Strahl zu senden vermögen — das waren die gefährlichsten Kriegsverbrecher. ... Salzburgervoll triefen aus ihren Mäulern die Worte, die ihnen der boshaft lächelnde Gott Mamon in die Ohren flüsterter.“

In diesem Tone geht es weiter. Man wird verstehen, wenn wir das so wirken lassen; denn es hängt sich von selbst niedriger. Nur eine Stillübung sei noch angeführt:

„Mag das deutsche Volk wie ein Hund im Straßengraben verenden, Seine Eminenz schwingt das Weihrauchschaf gen Paris. Die deutsche Nation ist arm geworden, unsäglich arm. Denn wenn die Schwarzen erst das Schiff verlassen, dann ist für keine hungrige Ratte mehr etwas zu holen.“

Mit Abscheu wird sich jeder Mensch, der sich noch einer bunten Schamgefühl bewahrt hat, von solchen Ausgeburt eines mehrheitssozialistischen Blattes wenden. Sachlich braucht darauf nichts erwidert zu werden, als höchstens das, daß nun trotzdem der Minister des Auswärtigen im Reich, Graf Brockdorff, es gewagt, sich zum Kardinal von Köln zu begeben. Er hat es getan, ohne vorher das Blatt in Chemnitz, das einst der jetzige Reichswehrminister Noske redigiert hat, um Erlaubnis zu fragen. Kann es nach all dem wohl wundernehmen, wenn dieses Blatt die Unverfrorenheit hat, zu behaupten, „die kapitalistischen Verbrecher des Salon seien ebenbürtig ihrer Brüder vom Gebetbuch.“ Der angenehme Zeitgenosse von der „Volkstimme“ schreibt am Schluß, das deutsche Volk werde „auch über diese Gesellschaft hinwegschreiten zur Erfüllung seiner großen Aufgabe, durch den Sozialismus eine bessere Menschengemeinschaft zu schaffen.“ Die „Volkstimme“ hat ja nun zur Gemühe gesagt, was sie unter einer „besseren Menschengemeinschaft“ versteht und auf welchen Ton sie diese Gemeinschaft gestimmt wissen will. Aber wir möchten doch noch hinsicht-

lich des Artikels des Chemnitzer sozialdemokratischen Blattes an das Ministerium in Dresden eine natürlich ganz ergebene Anfrage richten:

So viel wir wissen, sind die Reichsgesetze noch in Gültigkeit. Jedenfalls hat die Regierung in Sachsen bei der Verlängerung des Belagerungszustandes sogar bis zum Jahre 1851 zurückgreifen müssen. In dem erwähnten Artikel wird nun eine Religionsgemeinschaft in der gemeinsamen Weise beschimpft. Gibt es hier kein Recht und Gesetz mehr, sind die Paragraphen außer Kraft gesetzt, die die katholische Kirche vor solchen Beschimpfungen schützen können? Wir sind Verfechter vollster Pressefreiheit. Das aber, ist keine Pressefreiheit mehr, sondern Pressfreiheit. Wir danken höflich, wenn das „bessere Menschengemeinschaft“ sein soll, die der Sozialismus dem deutschen Volke bringen will. Aber — Religion ist Privatsache und wir sind fest davon überzeugt, daß die Chemnitzer „Volkstimme“ auch heute noch in Wahrheit haben würde, die Frage, ob ein Katholik Sozialdemokrat sein kann, mit einem glatten Ja zu beantworten. Die kalte Stirn scheint auch zur „besseren Menschengemeinschaft“ zu gehören.

Aber um noch einmal darauf zurückzukommen: Der § 166 des Strafgesetzbuches ist noch in Kraft. Hier aber handelt es sich um eine Beschimpfung der katholischen Kirche. Es sind unseres Erachtens alle Voraussetzungen für den § 166 gegeben. Ist die katholische Kirche, ist ihr Klerus in Sachsen vogelfrei? Wir wären der Regierung Gradnauer sehr verbunden, wenn sie sich dazu äußern würde.

Und solche Leute wagen es, sich am Heiligsten zu vergreifen, was das christliche Volk besitzt, an den Seelen der Kinder! Und vor solchen Elementen sollen wir vielleicht die Segel streichen und das Prinzip der konfessionellen Schule preisgeben!

Dazu liegt nicht die geringste Veranlassung vor. Deren Kultusminister Vuch ist ja eine für ihn allerdings recht wenig angenehme Pfingstüberraschung zuteil geworden. Der hervorragendste Philosoph, den unbestritten Deutschland heute besitzt, ist Wilhelm Wundt in Leipzig. Er hat sich in einem Briefe an die Leipziger Ortsgruppe des evangelischen Pfarrervereins über die Abschaffung des Religionsunterrichtes und die Einführung des Moralunterrichtes geäußert. Dabei führt er aus:

„Der vorbereitete Ruf nach Abschaffung des Religionsunterrichtes in der Schule verbirgt unter diesem Namen nach meiner Meinung eine der größten Kulturbarbareien der Gegenwart.“ Und Wundt legt dann dar, wie der Religionsunterricht „durch nichts anderes und am allerwenigsten durch einen aus irgendwelchen anderen Quellen zusammengesetzten sogenannten Moralunterricht ersetzt werden kann“.

Wir glauben ja nicht, daß diese Auslassungen des berühmten Philosophen auf die Herren Arzt und Genossen irgend welchen Eindruck machen werden. Wer am Donnerstag den Phrasenschwall des Sozialisten lange über sich ergehen lassen mußte, wird diese Hoffnung nicht hegen. Aber immerhin verliert dadurch das Urteil dieses Philosophen an Bedeutsamkeit nichts, ganz im Gegenteil. Kulturbarbarei! Das ist das richtige Wort für diese christentumsfeindlichen Maßnahmen. Und wohin solche Kulturbarbarei führen kann, davon hat ja die Chemnitzer „Volkstimme“ einen Beweis abgelegt. Man bekommt da wieder einmal einen Begriff, wie im Zukunftsstaate der Satz „Religion ist Privatsache“ in die Praxis umgesetzt würde. hsl.

Der Papst zum Bonifatiusjubiläum.

Aus diesem Anlaß hat Papst Benedikt an den deutschen Episkopat eine Enzyklika gerichtet, die sehr bemerkenswert ist. Das Rundschreiben bezieht sich auf die zwölftste Jahreshundertfeier der Entsendung des heiligen Bonifatius als päpstlicher Gesandter für die deutschen Völker. Papst Benedikt erklärt, an feierlichen Festlichkeiten teilnehmen zu wollen, die zum Gedächtnis und zu Ehren desjenigen stattfinden werden, von dem Deutschland die Grundlage für sein Heil und seine Wohlfahrt erhielt. Der Papst erinnert eingehend an das ausdauernde wirksame religiöse Einigungs- und Friedenswerk, dem sich der Heilige Stuhl in eifriger Verbettätigkeit widmete. Er hebt auf Grund geschichtlicher Beläge besonders die dem heiligen Bonifatius anvertraute Mission hervor und erwähnt seine bedeutendsten Erfolge, wie die Massenbekehrung ganzer Bevölkerung Thüringens. Er betont die Abhängigkeit des Apostels an den Heiligen Stuhl, der ihm während dreier Päpste hingebendes Wohlwollen bewahrte und ihn auch hoch würdigte, indem er ihn zum Erzbischof von Deutschland bestimmte und ihm und seinem Volk besondere Vorrechte gewährte. Der hl. Bonifatius errichtete Gotteshäuser, Klöster und Klöster und durchwanderte Stadt und Land, er gründete Diözesen, verbesserte Bestehendes und bekämpfte

und zerstörte heidnische Vorurteile. Durch von ihm erzoogene Mitschüler aus England führte er viele barbarische Stämme der Zivilisation und dem Glauben zu. Der Papst erinnert an die Zeiten, in denen zwischen allen deutschen Völkern und dem Heiligen Stuhl volle Einigkeit bestand, die nicht nur der Religion zugute kam, sondern auch für das Zivillleben aller große Wohlfahrt brachte. Aus diesen Erinnerungen könnten nützliche Lehren für das künftige Werk der Wiederherstellung der Kircheneinheit und ihre Wiedervereinigung in Frieden und Varnberzigkeit gezogen werden. Die Lehre des Bonifatius ist noch lebendig, seiner Beispiele und seiner Taten ist man noch sehr wohl eingedenk; er ladet noch heute zur Einigkeit ein, er ladet die Abtrünnigen zur Rückkehr zu der Kirche und Aufgabe ihres Falles und die Gläubigen zum Ausbarren in Einigkeit ein, aus der auch in Eintracht die bürgerliche Gesellschaft hervorgehen wird. Papst Benedikt erudet die Rechte und Gelebe der Kirche in der durch den Krieg gestörten modernen Gesellschaft wieder einzuführen und die christliche Caritas wieder aufleben zu lassen, die sowohl dem Kriegshoh, wie auch Zwisten, Kirchentrennungen und Fehlern aller Parteien ein Ziel setzt, damit die Menschen mit festerem Band als gewöhnliche Vereinbarungen in Einigkeit, im Glauben und in Verbindung mit dem von Christus eingesetzten und durch die Werke und das Blut so vieler Heiliger und Märtyrer geweihten apostolischen Stuhl zusammengehalten werden. Der Papst schließt seine Enzyklika, indem er für die Feier des Festes des hl. Bonifatius der Geistlichkeit und den Gläubigen ganz Deutschlands besondere religiöse Vorrechte gewährt.

Rheinische Republik und Frieden.

Von einer besonderen Seite wird uns geschrieben.

Der Jubel, den die Proklamierung der rheinischen Republik in Frankreich geweckt, beweist am besten, wie sehr man dort die Loslösung erwartet und jetzt darüber befriedigt ist. Einzelne französische Blätter sprechen aus auch unverbohlen aus. Sie schreibt „Echo de Paris“: Ein Ereignis, das wir alle ersehnten, hat sich nun vollzogen.“ Wer die französische Geschichte kennt, weiß, daß es immer das offene Bestreben aller Politiker war, an den Rhein zu gelangen. Ein großes Frankreich, dessen Westgrenze Deutschlands schönster Strom bilden sollte, schwebte ihnen immer vor Augen. Napoleon war es zuerst gelungen, dieses Ziel zu erreichen, als er den „Rheinbund“ gründete. Die jetzigen Machthaber in Frankreich haben viel von ihm gelernt. Ein neuer Rheinbund ist heute wohl schlecht möglich, darum kann es auch ein „Rheinstaat“ sein. Namen sind ja bedeutungslos, die Hauptsache ist, daß das Staatengebilde unter französischem Einfluß und unter französischer Oberhoheit kommt, und das so sehr gehohle Preußen geschwächt und zerstört werde.

Uns ist noch völlig unklar, was die Franzosen eigentlich vorhaben. Wir stehen doch am Vorabend des Friedens, und Frankreich will uns die härtesten Bedingungen auferlegen, die jemals ein Volk zu tragen hatte. Man denke nur an die finanziellen Leistungen! Es gibt aber nur eine Möglichkeit, diese aufzubringen. Deutschland muß im Besitze all seiner Gebiete bleiben, die als Hauptfaktoren seiner Volkswirtschaft und damit auch seiner Arbeits- und Leistungsfähigkeit gelten. Sollen wir Milliarden zahlen, dann muß diese Last auf unser ganzes Volk verteilt werden, dann hat jeder sein „Scherlein“ dazu beizutragen. Ein Deutschland aber, das seine blühendsten Provinzen verliert, und nach den Annerionen durch Frankreich und Belgien nur noch über einen Bruchteil seiner früheren Volkskraft und Bevölkerungsziffer verfügt, ist unfähig, Milliarden abzutragen. Wird nun auch noch das Rheinland abgetrennt, verlieren wir auch noch unser blühendes Wirtschaftsgebiet, dann sind wir völlig arm und können nicht einmal mehr die freiwillig übernommene Last von einhundert Milliarden zahlen. Die Franzosen stehen vor der Wahl. Entweder zwingen sie uns, Millionen zu bringen, oder sie teilen unser Reich auf, ein drittes gibt es nicht. Wir wissen, wie trostlos der Zustand der französischen Finanzen ist. Ribot hat erst kürzlich im Senat erklärt, daß der Bedarf der Republik für das Jahr 1919 rund 44 Milliarden beträgt. Dieser herrliche noch allgemein in Frankreich die Ansicht, daß Deutschland alles bezahlen würde und mit deutschem Gelde die zerstückelten Finanzen wieder aufgebessert werden könnten. In den letzten Tagen beginnt man aber doch einzusehen, daß eine solche Leistung über unsere Kraft geht, und alle Hoffnungen auf Kleinentwürdigungen mehr als trügerisch sind. Ob die Franzosen sich nicht vielleicht aus dem Grunde sagen, daß es besser sei, auf deutsches Geld zu verzichten, wenn man dafür blühende Landstrecken mit reicher Wirtschaft erhalten kann?